

## Notiz

### zur öffentlichen Anhörung von Right2Water am 17.02.2014 im Europäischen Parlament, Brüssel

Wolfgang Deinlein, Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft

0	<p>Hintergrund: Die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative Right2Water hat insgesamt ca. 1,9 Millionen Unterschriften gesammelt und in 13 EU-Mitgliedsstaaten die Mindestanzahl erreicht. Nach Prüfung der Stimmen durch die nationalen Verwaltungsämter wurden insgesamt 1,68 Millionen Unterschriften als gültig anerkannt und am 20.12.2013 bei der EU-Kommission eingereicht. Der Forderungskatalog ging inzwischen der Kommission zu (s. Anhang dieser Notiz). <b>Die Kommission ist nun aufgefordert bis zum 20.03.2013 ein entsprechendes Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen.</b> Tut sie das nicht, muss sie das fundiert begründen.</p>
1	<p>Am Vormittag traf der Bürgerausschuss von Right2Water bereits die EU-Kommission in einer nichtöffentlichen Sitzung und erläuterte die bereits eingereichten Forderungen im Detail. Anwesend waren Vertreter aller 12 Generaldirektionen. Bemerkenswert war geäußerte Ansicht, dass in der EU doch bereits alle Forderungen erfüllt seien und auch der Status von Wasser als keine übliche Handelsware schon festgeschrieben sei (z.B. Wasserrahmenrichtlinie).</p>
2	<p>Die öffentliche Anhörung im EU-Parlament ab 15 Uhr wurde von vier Parlamentsausschüssen organisiert, unter Federführung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, der die <b>historische Bedeutung der ersten Anhörung einer Europäischen Bürgerinitiative</b> für die europäische Demokratie unterstrich. <b>60 EU-Parlamentarier waren anwesend</b> - mehr als erhofft - und die 400 Plätze in einem der größten Parlamentssäle waren gefüllt, was den breiten Rückhalt für Right2Water Ausdruck verlieh.</p>
3	<p>Hinsichtlich der Bedeutung von Wasser als lebensnotwendiges Gut äußerten sich alle Parlamentarier einheitlich, <b>Diskrepanzen gab es bei der Forderung nach einem Liberalisierungsverbot.</b> Etliche Abgeordnete verteidigten die Liberalisierung, meist mit den üblichen Argumenten, dass mehr Wettbewerb zu günstigeren Preisen führe etc.</p> <p>In der Mehrzahl waren jedoch Abgeordnete, die sich der Forderung von Right2Water nach einem Ende der Liberalisierungspolitik anschlossen. Etliche kritisierten den Privatisierungsdruck der Troika, der zu Privatisierungen der Wasserversorgung in Portugal, Spanien und Griechenland (Athen, Thessaloniki) geführt habe und weiter führe. Eine Abgeordnete aus Irland verwies auf eine dort ähnliche Entwicklung. Weitere Fragen zielten auf die Betroffenheit der Wasserversorgung in EU-Handelsabkommen (CETA, TTIP), sowie die Revisionsklausel der EU-Konzessionsrichtlinie, nach der 5 Jahre nach</p>

Verabschiedung der Richtlinie die Ausnahme für Wasser geprüft und ggf. aufgehoben werden kann.

Right2Water verwies dabei auf die breite Ablehnung von Wasser-Privatisierung und -Liberalisierung in der Bevölkerung, die auch in Ländern mit bereits lang zurückliegender Privatisierung eindeutig sei. In der Bevölkerung sei dieses Thema schlichtweg nicht umstritten. Auch in fast allen Parteien herrsche Einigkeit in dieser Frage. Daher wurde von der EU-Kommission eine Abkehr von ihrer bisherigen Politik von Liberalisierung und Privatisierung gefordert.

Der Generaldirektor für Binnenmarkt argumentierte nach der üblichen Rhetorik der EU-Kommission, dass die EU-Kommission keine Vorgaben mache bzw. gemacht hätte, auf welche Weise die Kommunen ihre Wasserversorgung organisieren würden. Sollten sich Kommunen jedoch für eine Vergabe an Private entscheiden, müssten die Prinzipien von Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung der weiteren Anbieter am Markt eingehalten sein.

Einige Abgeordnete hielten dem entgegen, dass es ganz offensichtlich weiterhin das Ziel der EU-Kommission sei, den Wassersektor weiter zu liberalisieren. Dies sei auch in der großen Enttäuschung der EU-Kommission über die Ausnahme von Wasser aus der Konzessionsrichtlinie zum Ausdruck gekommen.

**Right2Water bezeichnete das Vorgehen der EU-Kommission als Vernebelungstaktik und forderte verbindliche, schriftliche Äußerungen und Handlungen der EU-Kommission.**

4 In der **EU-Entwicklungspolitik** wurde von Right2Water auf eine **verstärkte Förderung öffentlich-öffentlicher Partnerschaften** zum Know-How-Transfer gedrängt, welche gegenüber der bisherigen Ausrichtung auf Privatisierung bevorzugt werden solle. Die bisherige Praxis „Öffentlich-privater-Partnerschaften“ (PPPs) sei weltweit als „Europäisches Modell der Wasserprivatisierung“ bekannt. Auch der weltweite Trend zur Rekommunalisierung (u.a. Paris, Berlin, Dar es Salam, Jakarta, Manila und US-Metropolen) müsse anerkannt werden.

5 **Einschätzung: Die EU-Kommission hat in der öffentlichen Anhörung im EU-Parlament nicht nur deutliche Worte von Right2Water zu hören bekommen, sondern es entstand auch klarer Druck von Seiten des EU-Parlaments. Dies gibt der Europäischen Bürgerinitiative zusätzliches Gewicht.**  
Zudem kann das EU-Parlament nicht nur die Reaktion der EU-Kommission kritisch beobachten, sondern auch selbst aktiv werden, sollte die EU-Kommission der Umsetzung der Forderungen von Right2Water ablehnend gegenüberstehen. Aufgrund der EU-Wahlen im Mai 2014 wäre dies jedoch nicht vor der Sommerpause zu erwarten.

Angesichts der enormen Partikularinteressen, die hinter den Liberalisierungs-

	bestrebungen der Kommission stehen, ist nicht davon auszugehen, dass die Kommission bereits im ersten Anlauf den Forderungen nach einem Liberalisierungsverbot nachkommt.
6	<p>Presseresonanz:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• ZDF „heute“: <a href="http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/2091742/Initiative-Right2water">http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/2091742/Initiative-Right2water</a></li><li>• Handelsblatt online: <a href="http://www.handelsblatt.com/politik/international/mehr-demokratie-in-der-eu-die-buergerinitiative-die-keine-ist/9499850.html">http://www.handelsblatt.com/politik/international/mehr-demokratie-in-der-eu-die-buergerinitiative-die-keine-ist/9499850.html</a></li><li>• Europäisches Parlament/Aktuelles: <a href="http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140217IPR36208/html/Right2Water-urges-privatisation-ban-in-first-EU-Citizens%E2%80%99-Initiative-debate">http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140217IPR36208/html/Right2Water-urges-privatisation-ban-in-first-EU-Citizens%E2%80%99-Initiative-debate</a></li></ul>

**Anhang:**

[Forderungskatalog von Right2Water an EU-Kommission](#)  
[Tagesordnung für die öffentliche Anhörung im EU-Parlament](#)